



## Handelspolitik

Der Welthandel büßt seit Jahren an Dynamik ein. Die Ursachen sind vielfältig: Weltweit nehmen protektionistische Maßnahmen zu. China greift verstärkt planerisch in seine Wirtschaft ein und verzerrt hierdurch den Wettbewerb im In- und Ausland. Die USA haben Zölle erhöht und einen Handelskrieg mit China begonnen. Gleichzeitig stellen die USA internationale Verträge infrage, darunter auch die Welthandelsorganisation WTO als Rahmen der Welthandelsordnung. Und auch in der EU ist im Kontext des Greens Deals und der Resilienz-Diskussion der Ruf nach Schutz heimischer Produktion lauter geworden, und der Brexit hat zu neuen Handelsbarrieren zwischen der EU und Großbritannien geführt. Neue bilaterale Handelsabkommen stoßen auf gesellschaftlichen und politischen Widerstand.

Die deutsche Wirtschaft ist aber stark auf den Außenhandel angewiesen – mit den EU-Partnern, aber auch darüber hinaus. Wohlstand und Lebensqualität hängen hierzulande stark an der Arbeitsteilung in internationalen Wertschöpfungsketten, neue Technologien werden in internationalen Partnerschaften entwickelt. Und auch die geopolitische Situation der EU würde mit einem Rückzug von den globalen Märkten eher schwächer als stärker, ebenso die Chancen zur Bewältigung der globalen Herausforderungen des Klima-, Umwelt- und Gesundheitsschutzes. Daher darf eine Neujustierung der Handels- und Außenwirtschaftspolitik nicht zu Abschottung und Inseldenen führen, sondern muss weiter auf internationale Regeln, offene Märkte und partnerschaftliche Wirtschaftsbeziehungen setzen.

### Resilienz der EU und Diversifikation ihrer Handelspartner stärken

#### Position

- ◆ Im Kontext der Corona-Pandemie und der veränderten geopolitischen Situation wird zunehmend die Frage nach der Verwundbarkeit globaler Lieferketten gestellt – oftmals verbunden mit der pauschalen Forderung nach Re-Shoring von Produktion aus dem Ausland. Die Gestaltung von Lieferketten ist Kernaufgabe von Unternehmen, ihre Optimierung findet laufend statt. Staatliche Eingriffe oder Vorgaben für Lieferkettenmanagement sollten nur in eng umgrenzten Rahmen zum Schutz übergeordneter Güter der Daseinsvorsorge erfolgen, wenn andere Maßnahmen nicht ausreichen. Es ist fraglich, ob das Ziel der Resilienz durch Protektion oder Re-Shoring-Zwang erreicht werden kann. Derartige Maßnahmen könnten zu protektionistischen Gegenreaktionen führen. Zudem können sie eine Lieferfähigkeit bestimmter Güter auch nicht sicherstellen.
- ◆ Deutschland und die EU sollten sich stattdessen weiterhin für offene Märkte und fairen regelbasierten Wettbewerb und gegen protektionistische Maßnahmen einsetzen. Die Bewältigung globaler Herausforderungen wie Klimaschutz, Ernährung und Gesundheitsversorgung gelingt nur mit freiem, regelgebundenem Handel.

Dieses Kapitel ist ein Auszug aus „VCI-Positionen zur Bundestagswahl 2021“

- Die USA stellen ihre Bindung an internationale Verträge infrage, haben Zollerhöhungen eingeleitet und drohen mit weiteren Schritten. Die EU sollte sich wehrhaft zeigen, zugleich aber über Handelsverhandlungen den Konflikt entschärfen – alle Industriezölle sollten abgeschafft, später sollte über regulatorische Kooperation verhandelt werden.
- China wird im Welthandel immer wichtiger, greift aber planerisch und wettbewerbsverzerrend in seine Wirtschaft ein. Das Land verfolgt mithilfe staatlicher Eingriffe eine ambitionierte Industrialisierungsstrategie, der Systemwettbewerb tritt immer deutlicher hervor. Zudem baut China seine internationalen Beziehungen immer stärker aus (z. B. Afrika). Europa muss dem eine eigene Strategie entgegensetzen, damit ein fairer Wettbewerb mit chinesischen Unternehmen ermöglicht wird. Die EU sollte sich dazu mit gleichgesinnten Partnern abstimmen und selbst international stark engagieren.
- Der Green Deal gelingt nur, wenn die EU ihre Transformation erfolgreich bewerkstelligt und als Vorbild Nachahmer findet. Er sollte daher so ausgestaltet werden, dass er die globale Verbreitung nachhaltiger Technologien unterstützt und nicht behindert. Europäische Maßnahmen zum Klimaschutz sollten nicht protektionistisch sein und den Regeln multilateraler Abkommen (WTO, Paris-Abkommen) entsprechen.

## Empfehlungen

- Einsatz der Bundesregierung und der EU für offene Märkte, für fairen Wettbewerb, für Regeln zur Unterstützung des internationalen Handels und gegen protektionistische Maßnahmen.
- Durch multilaterale und bilaterale Handelsabkommen Handelsbarrieren abbauen, den freien Warenfluss sicherstellen und damit die Diversifizierung internationaler Lieferketten unterstützen und die eigene Industrie stärken.
- Im Handelskonflikt mit den USA robust auftreten, aber den Dialog für eine Entschärfung intensivieren.
- Durch Dialog und die Verhandlungen zum EU-chinesischen Investitionsabkommen, durch die Verbesserung der Standortbedingungen in Europa und durch unilaterale Maßnahmen zum Erhalt des Wettbewerbs im EU-Binnenmarkt fairen Wettbewerb in und mit China etablieren.
- Im Rahmen des Green Deal die internationalen Beziehungen der EU und die Handelsinteressen und Wettbewerbsfähigkeit der EU-Industrie angemessen berücksichtigen. Zudem bei Grenzausgleichsmaßnahmen zum Klimaschutz strikt auf die WTO-Kompatibilität achten, um das Risiko von Vergeltungsmaßnahmen zu reduzieren.

## Multilaterales Handelssystem

### Position

- Mit der WTO wurde 1995 eine Welthandelsordnung geschaffen, die zu Wachstum und Wohlstand beigetragen hat. Doch seit Jahren nehmen weltweit protektionistische

Dieses Kapitel ist ein Auszug aus „VCI-Positionen zur Bundestagswahl 2021“

Maßnahmen zu und die Streitschlichtung der WTO wurde geschwächt. Daher ist eine Reform der WTO gemeinsam mit den USA, Japan, China und anderen Partnern notwendig.

### Empfehlungen

- Einsatz der Bundesregierung und der EU für offene Märkte und durchsetzbare internationale Handelsregeln und gegen protektionistische Maßnahmen.
- Handel durch Stabilisierung und Modernisierung der Welthandelsorganisation WTO leichter und verlässlicher machen.
- Handelsliberalisierung durch WTO-konforme plurilaterale Abkommen vorantreiben.
- Mit Partnern multilaterale Regeln für E-Commerce schaffen und Regeln für Subventionen weiterentwickeln.

### Bilaterale Abkommen

#### Position

- Die EU sollte weiterhin über bilaterale Handelsabkommen mit wichtigen Partnern Wirtschaftsbeziehungen ausbauen, Märkte weiter öffnen und fairen Wettbewerb etablieren.
- Die Abkommen sollten so ausgestaltet sein, dass bei den Regeln zum Handel nur Gemeinschaftskompetenzen berührt werden, sodass die Zustimmung des Rats der EU und des Europäischen Parlaments ausreicht, damit sie schnell ratifiziert werden können.

#### Empfehlungen

- Durch bilaterale Handelsabkommen das internationale Beziehungsnetz der EU stärken und Rechtssicherheit schaffen.
- Die Beziehungen zum Vereinigten Königreich durch gute bilaterale Vereinbarungen stabilisieren und weiterentwickeln.
- CETA und EU-Mercosur schnellstmöglich ratifizieren. Handels- oder Investitionsabkommen mit wichtigen Partnern (z. B. USA, ASEAN, China, Indien und Afrika) abschließen.
- Handelsabkommen so ausgestalten und die Umsetzung begleiten, dass sie von der Wirtschaft genutzt werden können, gesellschaftlich akzeptabel sind und die Transformation der Industrie unterstützen, z. B. über passende Ursprungsregeln.